

Gibt es ein Wirtschaftswunder in Westeuropa?

Autor(en): **Oeconomicus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1958)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337026>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reform» durchgeführt oder, besser gesagt, gegen die offenbar durchaus realistischen Einwände der Fachleute durchgepeitscht wurde. Doch

Chruschtschow hatte keine Wahl!

Er mußte die zentrale Wirtschaftsadministration rasch zerschlagen, wollte er nicht selbst von ihr geschlagen werden, und — täuschen wir uns nicht — Chruschtschow hatte dabei, mindestens für den Anfang, die Massen auf seiner Seite. Und alles deutet darauf hin, daß er mit dem neuen Plan nichts anderes versucht, als die Massen weiterhin auf seine Seite zu ziehen.

Es steht für ihn — und nicht nur für ihn allein — sehr viel auf dem Spiel, und die Gewinnchancen sind schwer abzuschätzen. Wenn das «Reform»-Chaos nicht rasch überwunden, wenn die Güterversorgung nicht rasch verbessert wird, so wird Chruschtschow seine Autorität nur mit stalinistischen Methoden wahren können. Chruschtschow hat aber nicht das Format Stalins, und seine Zeit ist nicht mehr Stalins Zeit, und ein Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, könnte leicht mit einer Katastrophe enden. Gelingt dagegen der neue Plan und stellt er mehr auf die wirklichen als auf die propagandistischen Bedürfnisse ab, so wird die Sowjetwirtschaft bis 1965 neue, bedeutende Erfolge erringen und sich in der Produktion je Kopf der Bevölkerung dem Westen mehr und mehr angleichen. Jedoch der Mensch lebt nicht vom Brot allein und auch nicht von Brot und Sputniks. Je besser die Güterversorgung in der Sowjetunion sich gestalten wird, je mehr sich die soziale Schichtung der Sowjetvölker verändert, desto stärker wird der Ruf nach echter Demokratie, nach echter Mitbestimmung werden. Und dieser dialektische Prozeß ist durchaus dazu angetan, die politischen Verhältnisse im Sowjetreich grundlegend zu verändern. In einer so veränderten Sowjetwelt aber wird sich weder ein Chruschtschow noch ein anderer Mitäter und Nachfahre Stalins mehr an führender Stelle halten können.

OECONOMICUS

Gibt es ein Wirtschaftswunder in Westeuropa?

Es ist psychologisch durchaus verständlich, wenn man heute so gern mit dem Schlagwort vom europäischen oder deutschen Wirtschaftswunder operiert. Während der zweiten Hälfte des Krieges sprach man in Deutschland davon, daß der Krieg zwar schrecklich sei, der Frieden aber — wobei manche Leute die Frage des Kriegsausgangs offen ließen — noch viel fürchterlicher sein werde. Es herrschte die pessimistische Erwartung, daß bis Kriegsende Deutschland und ein großer Teil Europas in eine ewige Todeslandschaft ver-

wandelt sein würden. Die unmittelbare Nachkriegszeit schien diese Ansicht im großen und ganzen zu bestätigen.

Bereits 1949 jedoch hatten die westeuropäischen Staaten in ihrer Gesamtheit die nationale Produktion des letzten Vorkriegsjahres überschritten. In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich, den beiden durch den Krieg am meisten heimgesuchten westlichen Ländern, wurde die Vorkriegshöhe der Produktion 1951 beziehungsweise 1950 erreicht. Am meisten war die Welt aber von der wirtschaftlichen Erholung Westdeutschlands beeindruckt. Während die gesamte Produktion Europas¹ im Jahre 1956 um etwa 49 Prozent höher war als 1938, lag sie in Westdeutschland bereits um 61 Prozent über dem Vorkriegsniveau. So war es eigentlich gar nicht erstaunlich, daß bald die Legende vom europäischen und besonders vom deutschen Wirtschaftswunder in Umlauf gesetzt wurde. Tatsächlich vernebelt das Gerede von der wunderbaren Wirtschaftsentwicklung aber nur den Blick auf jene ganz realen Faktoren, die zur Erholung nicht nur der deutschen, sondern der gesamten europäischen Wirtschaft geführt haben.

Zweimal zehn Nachkriegsjahre

Das Ende der beiden Weltkriege liegt nur ungefähr ein Vierteljahrhundert auseinander, und wenn auch die Totalität der Kriegführung von 1939 bis 1945 jene der Zeit von 1914 bis 1918 noch bei weitem übertraf, so dürfte – trotz allen möglichen Vorbehalten – ein Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Nachkriegsjahrzehnte ganz aufschlußreiche Ergebnisse liefern. Im folgenden wurde versucht, für die beiden Perioden 1920 bis 1929 und 1947 bis 1956 wirtschaftlich aufschlußreiche Zahlen einander gegenüberzustellen. Die jeweils ersten beiden Nachkriegsjahre wurden nicht nur aus Mangel an ziffernmäßigem Material vernachlässigt, sondern auch weil in jenen Jahren in weiten Teilen Europas das wirtschaftliche und zum Teil politische Chaos alles überschattete. Die Darstellung der ersten Nachkriegsperiode endet mit dem Jahr 1929, in welchem der Höhepunkt der friedenswirtschaftlichen Aktivität erreicht war, worauf schlagartig die große Weltwirtschaftskrise hereinbrach. Auch das Jahr 1956 bedeutete für Europa einen Rekord seiner wirtschaftlichen Aktivität.

Die heutige Bevölkerung der OEEC-Länder beträgt etwa 285 Millionen. In beiden Vergleichsperioden wuchs die Bevölkerungszahl um je rund sechseinhalb Prozent.

Die industrielle Entwicklung in den beiden Zeitabschnitten zeigt folgendes Bild (jeweils letztes Vorkriegsjahr = 100)²:

¹ Hier und im folgenden werden unter europäischen Staaten oder Europa nur die OEEC-Länder verstanden.

² Berechnet nach Bulletins Statistiques de l'OEEC, Addendum, Statistiques Industrielles 1900–1955, Paris 1956.

Erste Nachkriegsperiode				Zweite Nachkriegsperiode			
Jahr	Index	Jahr	Index	Jahr	Index	Jahr	Index
1913	100	1925	103	1938	100	1952	141
1920	80	1926	102	1947	—	1953	149
1921	71	1927	114	1948	101	1954	162
1922	85	1928	120	1949	114	1955	177
1923	85	1929	125	1950	127	1956	184
1924	99			1951	139		

Die Steigerungsrate der industriellen Produktion war also in der zweiten Nachkriegsperiode wesentlich größer als nach dem Ersten Weltkrieg, wenn wir sie mit dem jeweiligen Vorkriegsstand vergleichen. Es ergibt sich jedoch ein anderes Bild, wenn man die Produktionssteigerung *innerhalb* der beiden Zeiträume vergleicht (Angaben in Prozenten):

Zeitraum	Gesamte						Nahrungs- ind.	Textil- ind.
	industr. Prod.	Energie- erzeugung	Berg- bau	Metall- ind.	Masch.- ind.	Chem. Ind.		
1921–1928	69	80	48	123	136	80	16	59
1948–1955	75	66	43	92	96	126	43	35

Innerhalb der beiden Nachkriegsperioden zeigen die Wachstumsraten der industriellen Produktion also keine überwältigenden Unterschiede. Allerdings, und das ist ein entscheidender Faktor, hat es nach dem Zweiten Weltkrieg nur drei Jahre gebraucht, bis der Vorkriegsproduktionsstand wieder erreicht war, nach dem Ersten Weltkrieg dagegen sieben Jahre.

Auf einem wichtigen Gebiet war die Aktivität nach 1945 wesentlich stärker. Wurden im Jahresdurchschnitt 1920 bis 1929 etwa 503 000 Wohnungen gebaut, so waren es zwischen 1947 und 1955 mit einem Jahresdurchschnitt von 970 000 fast doppelt so viele (plus 93 Prozent). Auch wenn man die inzwischen gestiegene Bevölkerungszahl berücksichtigt, ergibt sich für das letzte Jahrzehnt eine um 85 Prozent höhere Wohnbauleistung pro Kopf³.

Elf Jahre nach Kriegsende war der Stand der jeweiligen Vorkriegsproduktion nach dem Ersten Weltkrieg erst um einen Viertel, nach dem Zweiten jedoch bereits um mehr als acht Zehntel übertroffen worden. Heute liegt die industrielle Produktion um 170 Prozent höher als 1913.

Die schnelle Erholung von den Kriegsfolgen und die stabile, praktisch rückschlagsfreie Aufwärtsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg haben dazu geführt, daß die europäische Wirtschaft in ihrer Gesamtheit – wenn wir von den mit strukturellen Arbeitsmarktproblemen belasteten südeuropäischen Ländern absehen wollen – dem Ideal der *Vollbeschäftigung* bereits ziemlich

³ Diese Ziffern beziehen sich auf folgende acht Länder: Großbritannien, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Holland, Schweiz, Schweden, Dänemark. Berechnet nach Angaben in UNO/ECE, Genf: Growth and Stagnation in the European Economy, 1954, und Quarterly Bulletins of Housing and Building Statistics for Europa, UNO/ECE/Genf.

nahegekommen ist. Hierzu die Arbeitslosigkeit in Prozenten des Arbeitskraftreservoirs⁴:

Nachkriegsperiode	Großbritannien	Westdeutschland	Schweden	Dänemark	Norwegen
1921–1929	12,0	9,8	14,2	17,1	16,8
1948–1956	1,6	6,9	2,5	9,8	1,2

Im Durchschnitt betrug die Gesamtarbeitslosigkeit dieser fünf Länder im ersten Zeitabschnitt 11 Prozent, im zweiten aber nur mehr 4,3 Prozent und lag damit an der Grenze jener international anerkannten Kennziffer⁵, ab der man berechtigterweise von Vollbeschäftigung sprechen kann.

Auch die Entwicklung des Volkseinkommens weist zwischen den beiden Vergleichsperioden beträchtliche Differenzen auf. Zwischen 1920 und 1929 stieg das reale Volkseinkommen je Kopf in vier europäischen Ländern (Großbritannien, Westdeutschland, Frankreich, Schweden) um 25 Prozent und blieb damit hinter der amerikanischen Entwicklung zurück. Zwischen 1949 und 1956 betrug das Wachstum in dieser Ländergruppe jedoch 56 Prozent (51 Prozent für alle OEEC-Länder) und überstieg in diesem Zeitraum damit bei weitem die amerikanische Volkseinkommenssteigerung.

Es ist Westeuropa also gelungen, seine Produktion wesentlich rascher als nach dem Ersten Weltkrieg zu vergrößern und einen Teil des amerikanischen Vorsprungs aufzuholen. Dieses Bild verliert jedoch sofort seine frohen Farben, wenn wir das Entwicklungsverhältnis zwischen 1938 und 1956 herauszuarbeiten versuchen.

Wenn man eine jährliche Steigerungsrate des realen Volkseinkommens je Kopf von 2,5 Prozent als normal und möglich annimmt, müßte dieses für die Gesamtheit der OEEC-Länder 1956 gegenüber 1938 um etwa 56 Prozent gestiegen sein. Tatsächlich liegt die reale Volkseinkommensziffer Westeuropas heute nur um etwa 49 Prozent über dem Niveau von 1938, während die USA und Kanada im selben Zeitraum eine reale Volkseinkommenssteigerung von 76 Prozent beziehungsweise 91 Prozent verzeichnen konnten. Westeuropas Terrainverlust auf diesem Gebiet hat sich durch die Kriegsfolgen also noch ganz beträchtlich vergrößert, und es wird noch längerer Zeit und gewaltiger Anstrengungen bedürfen, um diesen Verlust wenigstens einigermaßen wieder wettzumachen. Immerhin geht aus diesen wenigen statistischen Vergleichen mit aller Deutlichkeit hervor, daß sich die wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung nach 1945 trotz allen vorhergegangenen Befürchtungen wesentlich günstiger gestaltet hat als nach 1918, und es liegt daher sehr nahe, nach den für diesen schnelleren Wirtschaftsaufstieg maßgeblichen Faktoren zu fragen.

⁴ Berechnet nach: Growth and Stagnation, a. a. O. Und Huitième Rapport de l'OEEC, Paris, 1957.

⁵ Vgl. UNO: National and International Measures for Full Employment, New York.

Ursachen des schnelleren Wirtschaftsaufstieges

Was nun die deutsche wirtschaftliche Entwicklung im besonderen betrifft, so kamen ihr neben den Faktoren, welche die Wirtschaft Westeuropas in ihrer Gesamtheit günstig beeinflußt haben, noch einige spezielle Verhältnisse zugute. Westdeutschland in seiner heutigen Form umfaßt die industriell reichsten Gebiete Vorkriegsdeutschlands. Im Gegensatz zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg brauchte Westdeutschland diesmal keine Reparationen zu bezahlen, die Demontagen, trotz den durch sie hervorgerufenen kurzfristigen Übeln, hatten ebenso wie die durch die Bombenangriffe hervorgerufenen großen Zerstörungen auch eine sehr wesentliche positive Wirkung. Ein großer Teil der industriellen Kapazität mußte zwar unter zum Teil sehr großen Opfern, in Form eines lange Jahre hindurch sehr niedrigen Lebensstandards der Arbeitnehmer, von Grund auf neu aufgebaut werden, dafür aber war die Industrie nach Ablauf der Wiederaufbauperiode mit den modernsten Maschinen ausgestattet und konnte dabei gleichzeitig der neuen strukturellen Lage Europas angepaßt werden. In den weniger vom Krieg heimgesuchten Ländern ging der Modernisierungsprozeß viel langsamer vor sich.

Trotz allen Opfern hätte der Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft nicht in solchem Tempo und Umfang vorangetrieben werden können, hätte die Bundesrepublik nach 1948 nicht zu jenen Ländern gehört, die den relativ stärksten Anteil an der Marshallplanhilfe hatten. Später ergaben sich für Westdeutschland noch eine Reihe anderer Vorteile: Während zum Beispiel in England weitere Produktionssteigerungen dadurch gebremst wurden, daß es an einem ständigen Mangel besonders qualifizierter Arbeitskräfte litt, hatte Westdeutschland noch ein relativ großes Arbeitskraftreservoir, das außerdem mit Flüchtlingen aus Mitteldeutschland, unter denen sich ein hoher Anteil qualifizierter Arbeitskräfte befand, aufgefüllt wurde. Erst jetzt beginnt man in der Bundesrepublik allmählich an die Grenzen der Arbeitskraftreserven zu stoßen. Weiter konnte die westdeutsche Volkswirtschaft von ihrer nationalen Produktion jahrelang einen wesentlich größeren Teil produktiven Verwendungszwecken zuführen, weil sie nicht solche Rüstungslasten zu tragen hatte wie Frankreich oder Großbritannien. Schließlich hat es die westdeutsche wirtschaftliche und politische Führung verstanden, die verschiedenen günstigen Voraussetzungen weitgehend für die Förderung des Wirtschaftspotentials nutzbar zu machen, *wobei die sozialen Aspekte allerdings nicht in genügender Weise respektiert wurden.*

Auch für Westeuropa in seiner Gesamtheit ergaben sich für den friedensmäßigen wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg günstigere Vorbedingungen als nach dem ersten. Zumindest in den wichtigsten Siegerländern war schon in den letzten Kriegsjahren die Umstellung auf die

Friedenswirtschaft *planmäßig* vorbereitet worden, und sie ging ja dann auch tatsächlich verhältnismäßig reibungslos vonstatten.

Jeder Krieg läßt in Form des gestörten Verhältnisses von Geld und Gütern ein gefährliches Erbe zurück. Diesmal gelang es den meisten Regierungen, die chaotischen Kräfte des Geldüberhanges weitgehend zu bremsen und eine allmähliche Herstellung des monetären Gleichgewichtes zu erreichen. Aber auch das andere Extrem, das einer ausgesprochenen deflationären Politik, wurde vermieden. Der stärkeren Verwendung *planwirtschaftlicher* Maßnahmen, der Anwendung neuer Erkenntnisse der modernen Nationalökonomie – zu nicht unbeträchtlichem Ausmaß veranlaßt durch die *wachsende Stärke der Arbeiterbewegung* – ist es zu verdanken, daß es gelang, die Volkswirtschaften zwischen Scylla und Charybdis von Inflation und Deflation hindurchzusteuern. Andererseits war eine vollkommene Stabilität von Preisen und Geldwert nicht erreichbar, und diese «minimale» kontrollierte Inflation, wenn man in diesem Zusammenhang dieses Wort überhaupt noch gebrauchen darf, führte zu einem Preisoptimismus, der schließlich in einer intensiven Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen seinen Ausdruck fand.

Darüber hinaus – und dies ist ein Faktor, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf – wurde die Budgetpolitik in wachsendem Ausmaß als Mittel der Konjunkturbeeinflussung eingesetzt; vor allem der öffentlich finanzierte oder subventionierte Wohnungsbau spielte dabei in einer Reihe von Ländern eine äußerst wichtige Rolle. Wir sind zwar in Westeuropa überall noch von einer vollkommen befriedigenden konjunkturgerechten Budgetpolitik entfernt, jedoch wurde die Regel in der ersten Nachkriegszeit zur Ausnahme, nämlich daß die Regierungen eine Budgetpolitik verfolgen, die den Erfordernissen der konjunkturellen Situation diametral entgegengesetzt ist. Es gäbe noch eine Reihe weiterer Faktoren zu nennen, die ebenfalls in wechselnder Intensität zur positiveren wirtschaftlichen Situation Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen haben.

Eine entscheidende Umkehr gegenüber der ersten Nachkriegszeit ist aber wohl auch darin zu sehen, daß man seit 1947 versucht, zu neuen Formen internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit vorzustoßen. Die wirtschaftliche Lage der meisten europäischen Staaten wäre heute höchstwahrscheinlich wesentlich schlechter, hätte man zum Beispiel mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) nicht ein wirksames Mittel zur Verstärkung der innereuropäischen Handelsbeziehungen geschaffen. Ohne die durch die EZU letzten Endes geschaffene Multilateralität und de facto beschränkte Konvertibilität, vor allem aber ohne die durch sie ermöglichten zusätzlichen Kreditmöglichkeiten, hätten die Zahlungsbilanzschwierigkeiten manche Länder notgedrungen gezwungen, einen deflationären Kurs einzuschlagen, der unter Umständen kumulative Auswirkungen hätte haben können. So aber hat die Zusam-

menarbeit im Rahmen der EZU beziehungsweise OEEC zu einer im positiven Sinne engeren wirtschaftlichen Verflechtung der westeuropäischen Staaten geführt, die sie, wie einige «Rezessionen» in den USA gezeigt haben, dadurch auch gegenüber zumindest leichteren Krisenerscheinungen in der Außenwelt unempfindlicher gemacht haben. Die Robustheit und Expansionskraft der westeuropäischen Wirtschaft wird sich zweifelsohne in dem Ausmaß verstärken, wie sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit Westeuropas noch enger und wirkungsvoller gestalten wird.

Abschließend kann jedenfalls festgestellt werden, daß der wirtschaftliche Aufstieg Westeuropas nach Ende des Zweiten Weltkrieges wohl erfreulich war, daß ihm aber nirgendwo etwas Wunderbares anhaftet. Es scheint, daß man zumindest in der Wirtschaftspolitik wenigstens einiges aus der Vergangenheit gelernt und auch praktisch verwertet hat. Diese Feststellung darf uns allerdings keineswegs zu spießbürgerlicher Selbstzufriedenheit verleiten. Sie wäre vollkommen fehl am Platz: Denn erstens ist noch lange nicht alles so, wie es vernünftigerweise sein könnte, und zweitens sind die Kräfte noch immer sehr stark, die sich den fortschrittlichen Tendenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegenstemmen.

HEINZ ROSCHEWSKI

Zum 10. Todestag von Johannes Huber

*«Denn er war unser! Mag das stolze Wort
Den lauten Schmerz gewaltig übertönen.»*

Sind es schon zehn Jahre her? Am 7. Juni 1948 ist in St. Gallen Johannes Huber gestorben. Johannes Huber – auch einer der Pioniere und Verwirklichter, die in unermüdlicher Tätigkeit für die Partei, für die Arbeiterschaft und für eine große Idee ihre Kräfte aufgezehrt. Und dazu ein Politiker von staatsmännischem Format, der nicht nur im Tageskampf sich behaupten wollte, sondern weiter sah und tiefer schöpfte. Hoch auf stieg der Jurist und Parlamentarier – nie vergaß er, woher er gekommen und was er in seiner Jugendzeit erlebt bei jenen Menschen, die in der Fabrik und auf dem Felde ihre harte Arbeit verrichten. Als er, der am 25. Mai 1879 in Töb-Winterthur geboren wurde, fünf Monate vor seinem Tode von der aktiven Politik Abschied nahm, dankte er noch denen, für die er seine Kräfte so schonungslos eingesetzt hatte! Er dankte dafür, daß sie ihm vertraut, daß sie ihm Aufgaben gegeben, daß sie seinem Wirken für die Gemeinschaft, für die große Idee des Sozialismus Sinn verliehen hatten: «Männer sind gegangen, andere